

Anlage 1

Gemeinsamer Aufruf der Landesverbände und des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch kranker Menschen

An alle Verantwortlichen in Politik, Verwaltung, Psychiatrie und Krankenversicherung

Menschenwürde wahren, Zwangseinweisung vermeiden, aufsuchende Hilfen stärken

Das psychiatrische Versorgungssystem weist gravierende Lücken auf. Gerade schwerkranke Menschen, die ihre Hilfsbedürftigkeit nicht erkennen oder die nicht in der Lage sind, Hilfen einzufordern, werden vom Versorgungssystem nicht erreicht.

Als Grund wird angeführt, es sei nicht möglich, ohne die Zustimmung des kranken Menschen irgendetwas zu unternehmen, seine Autonomie sei zu respektieren. Als Folge fehlender Behandlung kommt es nicht selten zu Zwangseinweisungen, Einweisung in die Forensik, schweren Schäden der materiellen oder sozialen Situation.

Wir sind der Meinung: Gerade der Respekt vor Würde und Autonomie eines psychisch kranken Menschen erfordert es, alles zu tun, um ihn möglichst vor entwürdigenden Maßnahmen wie Zwangseinweisung und Zwangsbehandlung zu bewahren. Respekt vor der Autonomie eines psychisch kranken Menschen darf keine Entschuldigung für Untätigkeit sein.

Wir fordern: Das psychiatrische Versorgungssystem ist weiter zu entwickeln. Es sind aufsuchende Hilfsangebote zu schaffen. Es sind auch dann Hilfen anzubieten, wenn der psychisch kranke Mensch sie nicht selbst anfordert oder zunächst sogar ablehnt.

Ziel muss sein, ohne Zwang die Zustimmung des kranken Menschen zu einer Hilfe zu erreichen. Es müssen Hilfsangebote so beschaffen sein, dass schwerkranke Menschen sie annehmen können.

Eine Klinikeinweisung mit Zustimmung des kranken Menschen schafft eine bessere Grundlage für die therapeutische Arbeit als eine Zwangseinweisung.

Bitte unterstützen Sie unsere Forderung, unterzeichnen Sie diesen Aufruf, verbreiten Sie diesen Aufruf weiter.